

Hinweise

zum Planfeststellungsverfahren bei Bundesfernstraßen¹

I. Rechtsgrundlagen und Inhalt der Planfeststellung

1. Die Planfeststellung ist in §§ 17 ff. Bundesfernstraßengesetz (FStrG) in Verbindung mit den §§ 72 bis 78 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) sowie den §§ 15 bis 27 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) geregelt.
2. Vor dem Bau neuer oder der Änderung bestehender Bundesfernstraßen muss der Plan festgestellt werden, sofern nicht eine Plangenehmigung gemäß § 74 Abs. 6 VwVfG erteilt werden oder die Planfeststellung nach § 74 Abs. 7 VwVfG entfallen kann.

Gegenstand der Planfeststellung ist ein Plan, bestehend aus Zeichnungen und Erläuterungen, der erkennen lässt,

- wo,
- in welchem Umfang und
- in welcher Weise

eine Bundesfernstraße neu angelegt oder geändert werden soll.

3. Vorbereitung und Aufstellung des Planes erfolgen durch den Träger der Straßenbaulast (die Straßenbauverwaltung). Im Rahmen der zwingend zu beachtenden gesetzlichen Vorgaben sowie der einschlägigen technischen Regelwerke kann die Straßenbauverwaltung den Bau oder die Änderung von Straßen grundsätzlich frei gestalten. Sie muss dabei jedoch alle betroffenen öffentlichen und privaten Interessen berücksichtigen und abwägen.
4. Die Planfeststellungsbehörde entscheidet darüber, ob die Planung der Straßenbauverwaltung umgesetzt werden darf. Sie vollzieht die Abwägungsentscheidungen der Straßenbauverwaltung nach und prüft dabei, ob und wie öffentliche und private Belange durch die Planung berührt werden, sie mit dem ihnen zukommenden Gewicht in der Planung berücksichtigt worden sind und die Planungsentscheidungen letztlich insgesamt in einen angemessenen Interessenausgleich münden (Gesamtabwägung). In der abschließenden Zulassungsentscheidung (i.d.R. dem Planfeststellungsbeschluss) wird festgelegt, ob und ggfls. mit welchen weiteren Schutzvorkehrungen der Plan zugelassen und das Vorhaben durchgeführt werden darf. Dabei wird auch entschieden, inwieweit in Rechte anderer eingegriffen werden darf. Jedes Vorhaben, das zu seiner Durchführung einen Eingriff in privates Eigentum erfordert, muss überwiegend dem Wohl der Allgemeinheit dienen (Artikel 14 des Grundgesetzes).
5. Durch die Planfeststellung werden die öffentlich-rechtlichen Rechte und Pflichten der Straßenbauverwaltung und der Betroffenen im Zusammenhang mit dem geplanten Vorhaben sowie die für die Durchführung des festgestellten Plans notwendigen Inanspruchnahmen privater Rechte mit verbindlicher Vorwirkung für

¹ digitales Verfahren für UVP-pflichtige Vorhaben

eine Enteignung geregelt. Der Planfeststellungsbeschluss berechtigt die Straßenbauverwaltung jedoch nicht, unmittelbar in private Rechte einzugreifen. Hierzu muss sie sich entweder mit den Betroffenen einigen (z.B. durch Bauerlaubnis oder Kaufvertrag) oder es muss zusätzlich ein förmliches Enteignungsverfahren durchgeführt werden, in dem insbesondere die Höhe der Entschädigung für die in der Planfeststellung zugelassenen Inanspruchnahmen (Eingriffe) beschieden wird. Entschädigungsleistungen für Rechtsverluste Betroffener können deshalb durch die Planfeststellung nicht geregelt werden.

II. Verfahren (allgemein), Veränderungssperre, Anbaubeschränkungen

1. Gegen den Plan kann sich jede Person, deren Belange durch das Vorhaben berührt werden, äußern. Die Äußerung soll die Betroffenheit in eigenen Belangen erkennen lassen; sie kann eigene Vorstellungen zum Vorhaben und seiner Umsetzung, rechtliche oder tatsächliche Bedenken, Anregungen sowie Änderungswünsche beinhalten. Über die Äußerungen entscheidet die Planfeststellungsbehörde mit der abschließenden Zulassungsentscheidung.

2. Sobald der Plan öffentlich ausgelegt oder andere Gelegenheit gegeben ist, den Plan einzusehen, dürfen auf den vom Plan betroffenen Flächen bis zu ihrer Inanspruchnahme für den Straßenbau wesentlich wertsteigernde oder den geplanten Straßenbau erheblich erschwerende Veränderungen nicht vorgenommen werden (**Veränderungssperre**, § 9a Abs. 1 FStrG). Veränderungen, die in rechtlich zulässiger Weise zuvor begonnen worden sind (z. B. Fertigstellung eines vor Auslegung des Planes bereits baurechtlich genehmigten und begonnenen Gebäudes), Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.

Unzulässige Veränderungen bleiben bei der Anordnung von Vorkehrungen und Anlagen zum Schutz der Allgemeinheit oder Einzelner sowie im Entschädigungsverfahren unberücksichtigt.

Sobald der Plan ausgelegt oder andere Gelegenheit gegeben ist, den Plan einzusehen, steht der Straßenbauverwaltung zudem gem. § 9a Abs. 6 FStrG an den vom Plan betroffenen Flächen ein **Vorkaufsrecht** zu.

3. Ebenfalls vom Beginn der Auslegung des Planes oder von dem Zeitpunkt an, zu dem den Betroffenen Gelegenheit gegeben wird, den Plan einzusehen, gelten gemäß § 9 Abs. 4 FStrG die **Anbaubeschränkungen** nach § 9 Abs. 1 und 2 FStrG. Das bedeutet:

a.) Außerhalb der Teile von Ortsdurchfahrten, die zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmt sind, dürfen längs der betroffenen Bundesfernstraße

- Hochbauten in einer Entfernung bis zu 40 m (bei Bundesautobahnen) bzw. bis zu 20 m (bei Bundesstraßen) nicht errichtet werden. Hochbauten sind bauliche Anlagen jeder Art, die sich über das vorhandene Bodenniveau erheben.
- bauliche Anlagen jeglicher Art in einer Entfernung zwischen 40 und 100 m (bei Bundesautobahnen) bzw. zwischen 20 und 40 m (bei Bundesstraßen) nur nach Zustimmung der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr errichtet, erheblich geändert oder andersartig genutzt werden.

Gemessen wird die Entfernung vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn.

b.) Für Grundstücke, die über eine Zufahrt oder einen Zugang an die Bundesfernstraße angeschlossen sind oder werden sollen, gelten zusätzliche Einschränkungen, wenn sich diese Zufahrt/ dieser Zugang außerhalb der Teile der Fernstraße befindet, die zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmt sind. Dann dürfen auf diesen Grundstücken

- bauliche Anlagen nur nach Zustimmung der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr erheblich geändert oder andersartig genutzt werden, wenn die Zufahrt/ der Zugang bereits vorhanden ist bzw.
- bauliche Anlagen jeglicher Art nicht errichtet werden, wenn die Zufahrt/ der Zugang bisher lediglich geplant ist.

Bestimmte Ausnahmen gelten für Windenergieanlagen und Anlagen zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie (Solaranlagen).

III. Das Anhörungsverfahren

1. Im Anhörungsverfahren wird die öffentliche Auslegung des Plans zusammen mit dem UVP-Bericht und den dazu vorgelegten das Vorhaben betreffenden entscheidungserheblichen umweltrelevanten Berichten und Empfehlungen durch Veröffentlichung auf der Internetseite der Anhörungsbehörde für die Dauer eines Monats bewirkt. Auf Verlangen kann eine andere leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit zur Verfügung gestellt werden. Regelmäßig kommt hierfür die Übersendung oder Zugänglichmachung auf einem verkehrsüblichen elektronischem Format in Betracht. Auf den Zeitraum der Internetveröffentlichung wird rechtzeitig vorher durch Bekanntmachung in den örtlichen Tageszeitungen, in deren Verbreitungsgebiet sich das Vorhaben voraussichtlich auswirken wird, und auf der Internetseite der Anhörungsbehörde hingewiesen.
2. Gegen den Plan können Betroffene, deren Belange durch das Vorhaben berührt werden, Einwendungen erheben. Anerkannte Umweltvereinigungen können Stellungnahmen abgeben. Äußerungen (Einwendungen und Stellungnahmen) sind innerhalb eines Monats nach Ablauf der Frist für die Auslegung oder bis zum Ende der in der Bekanntmachung ggfls. weiter bestimmten Frist gegenüber der Anhörungsbehörde abzugeben. Sie sollen elektronisch übermittelt werden, wenn die Anhörungsbehörde und die Planfeststellungsbehörde die technische Ausgestaltung hierzu bestimmt haben. Eine zusätzliche schriftliche Übermittlung ist in diesem Fall nicht erforderlich, bleibt alternativ aber möglich. Mit Ablauf der Äußerungsfrist sind für das behördliche Zulassungsverfahren alle Äußerungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen (§ 21 Abs. 4 S. 1 UVPg).
3. Nachdem der Plan ausgelegt und die Vorhabenträgerin Gelegenheit zur Erwiderung zu den eingebrachten Äußerungen erhalten hat, kann die Anhörungsbehörde die gegen den Plan erhobenen Einwendungen und Stellungnahmen mit den Betroffenen, den Umweltvereinigungen, den beteiligten Behörden einschließlich der Gemeinden, auf deren Gebiet sich das Bauvorhaben auswirkt, eventuellen sonstigen Beteiligten und der Straßenbauverwaltung erörtern. Die Erörterung kann ganz oder teilweise in digitalen Formaten durchgeführt werden.

IV. Der Planfeststellungsbeschluss

Die Entscheidung der Planfeststellungsbehörde ergeht in Form eines Planfeststellungsbeschlusses, sofern nicht durch Plangenehmigung entschieden wird. Dieser wird denjenigen, über deren Äußerungen in dem Beschluss entschieden worden ist, mit Begründung und Rechtsbehelfsbelehrung zugestellt. Sind mehr als 50 Zustellungen erforderlich, so kann die Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden (§ 74 Abs. 5 VwVfG).

Eine Ausfertigung des Planfeststellungsbeschlusses wird mit Begründung, Rechtsbehelfsbelehrung und einer Ausfertigung des festgestellten Planes in den Gemeinden zwei Wochen lang zur Einsicht ausgelegt (§ 27 UVPG). Die Auslegung wird rechtzeitig vorher ortsüblich bekannt gemacht.

Zustellung, Auslegung und Bekanntmachung der Auslegung können durch Veröffentlichung auf der Internetseite der Planfeststellungsbehörde ersetzt werden (§ 17b Abs. 3 FStrG).

In diesem Fall wird u. a. der verfügende Teil des Planfeststellungsbeschlusses zusätzlich in den örtlichen Tageszeitungen mit dem Hinweis auf die Veröffentlichung auf der Internetseite der Behörde bekanntgemacht.

Mit dem Ende der Veröffentlichungsfrist im Internet gilt die Entscheidung als zugestellt.

Innerhalb der Rechtsbehelfsfrist erhalten Beteiligte auf Verlangen eine andere leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit zur Verfügung gestellt.

Der Planfeststellungsbeschluss kann beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg bzw. – bei einem in der Anlage zu § 17e Abs. 1 FStrG aufgeführten Vorhaben – nach § 50 Abs. 1 Nr. 6 der Verwaltungsgerichtsordnung beim Bundesverwaltungsgericht durch Klage angefochten oder seine Ergänzung durch Verpflichtungsantrag verlangt werden. Die Klage hat, da in einem fernstraßenrechtlichen Planfeststellungsverfahren der Aus- oder Neubau eines Bundesverkehrsweges nach § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3a VwGO betroffen ist, keine aufschiebende Wirkung.